



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

383 (20.8.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-216573](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-216573)

Mannheimer General-Anzeiger

Neue Mannheimer Zeitung

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung wöchentlich 10 Pfennig. Die monatlichen Bezüge vermindern sich bei Vorzahlung. Die monatlichen Bezüge vermindern sich bei Vorzahlung. Die monatlichen Bezüge vermindern sich bei Vorzahlung.

Anzeigenpreise nach Tarif. Bei Vorauszahlung pro einwöchiger Anzeigensatz für Allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark. Bei Vorauszahlung pro einwöchiger Anzeigensatz für Allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark.

Beilagen: Sport u. Spiel im Mannheimer General-Anzeiger · Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen- u. Musik-Zeitung · Welle u. Schall · Aus Feld und Garten · Wandern u. Reisen

Die Auswirkung der Londerer Beschlüsse

Das Saargebiet und der deutsch-französische Handelsvertrag

(Von unserem saarländischen Vertreter)

Die Beratungen der Ministerpräsidenten der Länder

Noch keine Einigung

Ueber die Besprechungen der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder, die den ganzen Tag über dauerten, wird ein amtlicher Bericht ausgegeben, indem es u. a. heißt: Nach Entgegennahme eingehender Berichte, die vom Reichskanzler Dr. Marx, Außenminister Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Luther über den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen in London erstattet wurden, traten die Länder in eine offene Aussprache mit der Reichsregierung über die durch den Abschluß der Londerer Konferenz geschaffene Lage ein. Die Beratungen waren getragen von dem Wunsch, die Ergebnisse der Londerer Konferenz, wenn sie auch hinter den gehegten Erwartungen, insbesondere hinsichtlich der militärischen Räumung des widersprüchlich besetzten Ruhrgebietes zurückgeblieben seien, sicherzustellen.

Da bei der Kürze der Zeit und der Unmöglichkeit ausreichender Information die Länderregierungen zu dem Ergebnis der Londerer Verhandlungen noch nicht Stellung nehmen konnten, befehlen die Länder sich die Stellungnahme ihrer Regierungen für die in kurzer Frist beginnenden Verhandlungen des Reichsrats über die zur Durchführung des Sachverständigengutachtens erforderlichen Schritte vor.

Dazu schreibt uns unser Berliner Büro: Die gestrige Konferenz des Kabinetts mit den Länderregierungen hat eine Einigung noch nicht gebracht. Es wird in dem amtlichen Kommuniqué nicht gesagt, ob alle Länderregierungen gestern den Standpunkt eingenommen haben, daß sie erst noch weitere Informationen bedürfen. Trotz des vertraulichen Charakters der Besprechungen, ist es ein offenes Geheimnis, daß Bayern und Mecklenburg Schwierigkeiten gemacht haben. „D. N. Z.“ behauptet, daß die württembergische Regierung, die ja inzwischen auch einen deutsch-nationalen Staatspräsidenten bezieht, sich gleichfalls auf die Hinterbeine gestellt hat. Die „Deutsche Jg.“ reißt sogar Baden unter die Opponenten ein, doch wird diese Behauptung nach unserer Kenntnis nicht zutreffen. Nach dem „Vorwärts“ soll auch der Thüringische Ministerpräsident dem Reichsrat, der bekanntlich der Deutschen Volkspartei angehört, Vorbehalte gemacht haben. Trotz aller dieser Einwendungen darf wohl damit gerechnet werden, daß sich im Reichsrat mehr als die Hälfte der Stimmen für das Londerer Protokoll erheben werden. Viel Zeit zum Überlegen bleibt den Länderregierungen jedenfalls nicht übrig, da der Reichstag bereits am Freitag zusammentreten soll. Die erste Beratung wird nur einen Punkt einbringen: Entgegennahme der Regierungserklärung. Eine Aussprache wird sich an die Regierungserklärung nicht sofort anschließen. Die Fraktionen werden vielmehr erst zu ihrer Stellung nehmen. Die Regierungsparteien werden sich vermutlich auf die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung beschränken. Es ist nicht anzunehmen, daß die drei Gutachten-Gesetze zur Ausschlußberatung kommen, weil durch eine Verhinderung einträte würde, die die Regierung nicht für erträglich hält. Die nötigen Erläuterungen werden vorher in einer vertraulichen Beratung des Auswärtigen Ausschusses von der Regierung heute vormittag gegeben werden.

Die Haltung der Parteien

Gestern abend sind vom Reichskanzler nach die Führer der Deutschnationalen und der Kommunisten empfangen worden: Ein Raum, das zu erklären ist durch die Beschwerde dieser beiden Parteien über die bisherige Nichtbeachtung zu den Führerbesprechungen. In der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die gestern abend sich zusammensand, berichtete der Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die Londerer Verhandlungen. Beschlüsse sollen erst gefaßt werden, wenn die Fraktionsmitglieder vollständig versammelt sind. Die deutsch-nationalen werden am Donnerstag sich zu entscheiden die drei Gutachten-Gesetze zur Ausschlußberatung kommen, weil da eine Seite fürchten sie, daß bei einer auch nur teilweisen Zustimmung zu den Dames-Gesetzen ein großer Teil ihrer Mitglieder zu den Deutschnationalen übergehen würden. Andererseits scheuen sie trotz aller gegenständlichen Versicherungen die Reichstagsaufstellung und die Verantwortung, die sie auf sich laden, wenn durch ihr Verhalten die Arbeiten der Londerer Konferenz hinaufgeschoben würden. Die Sozialdemokraten werden vermutlich erst am Freitag ihre Fraktionsführung abhalten.

Frankreichs Vertreter in den geplanten Dames-Institutionen

Dem „Echo“ wird aus London gemeldet: Es wird dort erklärt, daß Frankreich bei der Organisation der von dem Sachverständigenrat der Reichsbank durch den ehemaligen Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Generaldirektor der Union Parisienne, Ernest im Konvertierungsausdruck durch den Sachverständigen Parlamentarier, Direktor des Credit Foncier, den bereits der Sachverständigenrat Dames zurate gezogen hatte, und im Eisenbahnkommissariat durch den bekannten Eisenbahnfachmann Lefevre, den der Damesauschuss ebenfalls konsultiert hat.

Das Schlußprotokoll der Londerer Konferenz

Das Schlußprotokoll der Londerer Konferenz liegt jetzt gedruckt im Wortlaut vor. Das Protokoll selbst ist kurz gehalten und stellt lediglich die Tatsache der Annahme des Sachverständigenplans durch die Konferenzteilnehmer und den Abschluß der Arbeiten fest. Umfangreicher sind die vier Anlagen, die nacheinander folgende Abkommen behandeln: Das Abkommen zwischen der Reparationskommission und Deutschland, die Vereinbarungen zwischen den alliierten Regierungen und der deutschen Regierung über das Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 9. August 1924, die Abkommen zwischen den alliierten Regierungen und Deutschland und ferner die Abkommen zwischen den alliierten Regierungen. In dem eigentlichen Protokoll wird bestimmt, daß die Vertreter der beteiligten Parteien am 30. August dieses Jahres in London zusammenzutreffen, um in einer einzigen Sitzung die formelle Unterzeichnung derjenigen Schriftstücke vorzunehmen, die noch nicht gezeichnet worden sind.

Berlin, 20. August. (Von unserem Berliner Büro.) Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen, die sich aus dem Dames-Abkommen ergeben, werden in den nächsten Tagen in ihren genauesten Teilen dem Reichstag vorliegen. Die Hauptlinien der Druckstellen hat bereits einzusehen begonnen. Soeben werden die Grundlagen des Gehaltens über die Industrieobligationen bekannt gegeben. Wir veröffentlichen den Gehaltensentwurf im Wortlaut im Handelsteil dieser Ausgabe. D. Schell.

Während sich die politischen Probleme situiert haben auf dem Hintergrund der Londerer Konferenz, abheben, bieten die wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen ein Bild von verwirrender Vielgestaltigkeit. Bekanntlich haben sich einzelne Komitees mit dem im Gutachten aufgestellten Gedanken befaßt und eine zum Teil neue Form gegeben. Wenn durch die Beschlüsse dieser Komitees dem deutschen Standpunkt manche Erleichterung gebracht worden ist, so vermag das nichts an der Tatsache zu ändern, daß die uns aus dem Londerer Posti erwachenden Belastungen

ganz außerordentliche Anforderungen an unsere Volkswirtschaft stellen wird. Die deutsche Delegation darf es sich immerhin als einen Erfolg buchen, daß es ihr gelungen ist, der Idee des Schiedsgerichts auf der ganzen Linie zum Sieg zu verhelfen. Dies gilt auch für die Zeit der Übergangsbestimmungen. Eine besondere Rolle hat der Schiedsgerichtsgedanke bei den Sachleistungen gespielt. Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß dem Schiedsgericht ausdrücklich auferlegt ist, die allgemeinen wirtschaftlichen, vor allem aber die makroökonomischen Gesichtspunkte bei seinen Entscheidungen zu berücksichtigen. Die Rechte des Transferkomitees werden durch die Sachleistungen in keiner Weise beeinträchtigt. Die Zwangsverpflichtung des Staates, für die Aufbringung bestimmter Kontingente zu sorgen, bezieht zu einem gewissen Teil

bedauern muß man es, daß die Delegation nicht erreicht hat, die Farben und Pharmazeutika aus dem Komplex der Sachleistungen herauszunehmen, denn es ist wirtschaftlich natürlich ein großer Unterschied, ob man Maschinenware liefert, die Weltmarktpreise hat, oder Artikel, für die individuelle Preisbildungen üblich sind. Deutschland hat sich zu der Lösung bereitfinden müssen, daß bis zum 15. August 1928 auch Farben und Pharmazeutika geliefert werden, allerdings mit einer gewissen Einschränkung. Die Lieferung soll sich nicht auf Einzelstücke einzelner Konzerne beziehen. Der Schiedsgerichtsgedanke taucht auch wieder auf, da, wo es sich um die Anlegung von Zählungen, die in die Reparationskasse laufen, in deutschen Sachwerten handelt. Damit ist mangels der Gefahr vermindert, daß man auf diesem Gebiet die verbotene Finanzwanderung Deutschlands feststellen könnte. Man wird freilich gegen eine Reihe dieser zahlreichen Einzelabmachungen vielerlei einwenden können, das Entscheidende bleibt doch: Es ist in London zum erstenmal ein Weg gewiesen worden, um aus den bisherigen üblichen Gepflogenheiten wirtschaftlicher Erpressungen herauszukommen. Es wird sich nun zeigen müssen, wie weit das Vertrauen der Welt auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands geht, wenn der bisherige Druck mangels zu einem kleinen Teil aufgehoben ist. Ein Nachschlag dafür wird das

Schlüssel der Anleihe

sein. Dabei wird man daran festhalten müssen, daß die kommende Anleihe immer nur als ein Vorläufer für langfristige Kredite angesehen werden muß, nach denen unsere ausgehungerte Volkswirtschaft förmlich lechzt. Wenn Godes werden wir uns ja durch intensive Arbeit und größte Sparsamkeit heraushelfen müssen. Aufgabe der Kredit ist es, uns die Grundbedürfnisse zum Aufstieg zu geben und die Möglichkeit zu gewähren, damit wir im ersten Reparationsjahr die uns auferlegten Lasten bezahlen können. Wie, wann und zu welchen Bedingungen die Anleihe zustande kommen wird, ist im Augenblick noch nicht zu sagen. Da die Reichsbank die Anleihe zustande bringen muß, wird man es verstehen, daß die Regierung sich Zurückhaltung auferlegt. Best steht das eine:

Wenn wir die Anleihe nicht bekommen, sind wir auch nicht verpflichtet, das Gutachten auszuführen.

Je stärker der Eindruck einer allgemeinen Befriedung Europas sich verleiht, um so leichter wird natürlich das Geld fließen.

Chicago, 19. Aug. General Dawes erklärt, er wäre „sehr froh“ über die Londerer Vereinbarungen. Ein weiteres Kommentar könne er nicht geben, da alle Mitglieder seiner Kommission übereingekommen wären, die Angelegenheit jetzt nicht zu erörtern.

Die Auflösung der Micum?

Nach einer Meldung aus Düsseldorf verlautet in Kreisen französischer Ingenieure, daß mit einer Auflösung der Micum bis 1. Oktober gerechnet werden könne. Nach diesem Zeitpunkt soll nur ein Liquidationsapparat bestehen bleiben.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu dieser Meldung: Wenn sie sich bestätigt, so müßte diese Tatsache vom ganzen deutschen Volke lebhaft begrüßt werden. Die Micum sei der Bampyr des ganzen deutschen Volkes gewesen.

In der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft des Saargebietes hat sich auf der Londerer Konferenz in den letzten Tagen ein Lichtblick eröffnet. Die im Zusammenhang mit der Durchführung des Dames-Gutachtens und der Ruhr-Räumung französischerseits angeschnittene Frage des künftigen deutsch-französischen Handelsvertrages gibt Veranlassung und Handhabe, nicht etwa auf dem Wege des Diktats, sondern durch gegenseitige Kompensationen die schlimmsten Schwierigkeiten hinwegzuräumen, welche sich aus der strikten Anwendung der Versailles-Friedensbestimmungen für das wirtschaftliche Gedeihen des Saargebietes ergeben müssen.

Der „Siegfried“ französische Kommissar hat bei Kriegsende alle wirtschaftliche Bemühung niedergestampft. Um die ebenso gefährdeten als gehohlenen „Boches“ an jeder erreichbaren Stelle auf raffinierte Weise zu schädigen, wurde durch Raub und ungemessene Verteilung die funktionell ausgeglichene Grundlage der von deutschem Unternehmertum zu ungeahnter Höhe emporentwickelten lothringischen Eisenindustrie zerstört, und wenn man schon in militärischem Wahnsinn im „besetzten“ Lande so blödsinnig vorging, um so weniger Rücksicht auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten nahm man im Saargebiet, wo man sich von vornherein das unbeschränkte Eigentum der gesamten Bergwerke sicherte. Zwar war die „Minimal“-Forderung der „Grenzen von 1894“ seitlich an dem persönlichen Widerstand Wilsons, an jener dramatischen Forderung des „George Washington“ am 7. April 1919 gescheitert, aber was im Augenblick trotz der handelsüblichen ethologischen Forderungen nicht zu erreichen war, sollte auf dem Wege der Kompromißformel in fünfjähriger Durchdringungsdauer nachträglich verwirklicht werden. Die Hauptphase war für die ihrer Kohlen erlösende Kumpagne des „Agers“, daß dem durch Selbstentleerung seiner Wälder mehr als am Boden liegenden Deutschland zu den übrigen Anparten auch noch die Wälder des Saargebietes entzogen wurde. Am Land und Leute kümmerte man sich, trotz trübender Phrasen von deren „Wohlfahrt“, den Tausel. Ist doch das ganze Saarland mit seiner politischen Entrechtung der Bevölkerung und ihrer Behandlung als Anhangsel der Gruben ein Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht, um dessen Aufrichtung und Durchführung willen die zur Vererbung Deutschlands Verbündeten den Weltkrieg zu führen und den Frieden zu schließen vorgaben.

Nur im Aufhören ihrer Entstehungsgeschichte sind die Bestimmungen des Friedensdiktats über das Saargebiet zu verstehen. Aber es ist nicht nur ausgeschlossen, sondern es muß von einheimischer und deutscher Seite mit allen erreichbaren Mitteln ertrötet und erstickt werden, daß die Wälder der „Siegfried“ von Versailles durchkreuzt und die Wälder des Friedensdiktats gegen seine Urheber gerichtet werden.

Am 10. Januar 1925 soll mit dem Befehl der Übergangbestimmungen das Saargebiet völlig dem französischen „Jollisthem“ einverleibt werden. Die ganze Wirtschaft des Saargebietes ist von jeher ein Teil der Gesamtwirtschaft Deutschlands, mit dem es ja auch, von den paar kurzfristigen Einbrüchen des weltlichen Nachbarn abgesehen, seit tausend Jahren politisch verbunden ist. Warenversorgung und Warenabgab gehen ihren natürlichen Weg von und nach dem deutschen Mutterland. Um das Saargebiet für das Endziel der Annexion reifer zu machen, hat Frankreich die Zwischengzeit zwischen Waffenstillstand und endgültigen Friedensschluß, in der seine Generale uneingeschränkt in dem akkupierten Lande herrschten, dazu ausgenutzt, seine Verfügungen gemäß über die Saargebiete in dem erpresserischen Sinne auszuwerten, daß die einheimische Großindustrie nur gegen Abtretung des überwiegenden Eigentumsanteils die für die Fortführung ihrer Existenz lebensnotwendigen Kohlen erhält. Aber auch diese Übertragung der Kohlenkontrolle an die französischen Eisenverwaltungen, so wenig wie die übrigen französischen Verfügungen und die — wie der Troch den Bundesratenden folgenden Handelsfirmen allerlei Art und Bartgeschäfte haben an dem Ergebnis hilfloser Tradition und Standartline wesentlichen ändern können. Die Regierungenkommission, die sich in ihrer Arbeit nicht als „Trennwörter“ des Völkerbundes, sondern ihrem Auftrag entgegen als Wegbereiter der französischen Annexionspolitik betätigt, verliert durch einseitige Interpretation und schändliche Handhabung aller in Betracht kommenden Klauseln den durch das Friedensdiktat aufgestellten Graden zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Mutterland auch in wirtschaftlicher Beziehung zu verlieren. Berücksichtigt sind ihre Bemühungen, die für die Saarmirtschaft dringend notwendige Einfuhr, die nur aus deutschen Fabriken möglich ist, zu unterbinden. „Bäpflischer als der Post“ sind die durchweg französischen Ressortleiter mit dem einer besseren Sache würdigen Spitzsinn darauf aus, alle ausdenkbaren Hemmnisse und Hindernisse bereits möglichst frühzeitig in Kraft treten zu lassen.

Unter dem Druck dieses Systems von Siphonen, in dessen Sinn auch die Wirrnisse der deutschen Inflationen wirken müssen, ist zwar der Handelsverkehr zwischen dem Saargebiet und Frankreich im Verlaufe der letzten anderthalb Jahre erheblich gestiegen, aber noch immer ist die Saargebietindustrie mit mindestens 50 Prozent ihrer Erzeugung, die Gosindustrie mit 65 Prozent, die ferrometallische Industrie mit 80 Prozent, — um die lothringischen Schlüsselindustrien zu nennen — auf den Absatz nach Deutschland angewiesen, der sich natürlich in dem Ausmaß der Wiederkehr normaler Verhältnisse im Reich bedeutend steigern würde. Andererseits denkt Frankreich gar nicht daran, nach der Festsicherung des Saargebietes den Produktionsüberschuss der Saargebietindustrie, der bisher nach Deutschland ging, anzunehmen; im Gegenteil werden sich alle möglichen Interessensverbände in Frankreich gegen die Verhinderung der Konkurrenz durch Hinzutreten der Saargebietindustrie wenden. Da Frankreich weder willig ist noch auch in der Lage wäre, dem Saargebiet den deutschen Abnehmer zu ersetzen, so mündet das amtliche und halbamtliche Frankreich die arbeitslosen Bevölkerung an, indem man der Saargebietindustrie die äußersten Enden der Erde als zukunftsweisende Absatzgebiete anpreist. Dafür sieht sich die Saargebietindustrie vor einem Sprung ins Dunkle. Aber auch auf den Bezug aus Deutschland ist und bleibt das Saargebiet nach wie vor angewiesen. Lebensmittel, Maschinen, Textilwaren, Möbel, Leder und Papierwaren, Kunstgewerbe, Kunstwerke und dergleichen werden immer wieder nur aus Deutschland bezogen werden, teilweise weil sie nur dort hergestellt werden, teilweise weil der französische Besatz hierin für den lothringischen Bedarf aus unüberwindlichem Gegenstand nicht in Frage kommt.

Durch die Aufrichtung einer künstlichen, der französischen Zollmauer, wie hoch sie immer geführt werden möge, wird das Saargebiet vom deutschen Mutterland abgetrennt, und der Handelsverkehr erfährt eine Belastung, welche insbesondere für die Hauptindustrien des Saargebietes mit dem Ausfall der Absatz nach Deutschland eine unübersehbare Krise und Arbeitslosigkeit herbeiführen muß. Angesichts dieser mit düsteren Wolken

vergangenen Zukunft blickt gerade jetzt das Saargebiet mit gespannter Aufmerksamkeit nach London, wo sich vielleicht auch sein wirtschaftliches Geschick entscheidet.

Frankreich ist für eine langfristige Eisenindustrie, keine oberirdische Textilindustrie und den eisernen Weinbau bereit zuzugestehen, auf das Entgegenkommen Deutschlands angewiesen, daß es sehr wohl möglich erscheint, für das Saargebiet, das ja nach wie vor ein Gebiet des deutschen Reiches ist, für die Zeitspanne von noch 10 Jahren bis zu seiner Rückkehr zum Mutterland (wer wollte heute an dem Ergebnis der Abstimmung zweifeln?), auf dem Wege gegenseitigen Ausgleichs von Frankreich Zugeständnisse auszuwirken gegenüber dem, was der Wunsch des Diktators von Versailles, gegen Völkerverrat und wirtschaftliche Vernunft, dem damaligen „Sieger“ zuzuerkennen hat.

Frankreich und der Brief Macdonalds

V Paris, 19. Aug. (Von unserem Pariser Vertreter.) Der Brief, den Macdonald an Herriot und Renaudie gerichtet hat, und in dem er auf eine beschleunigte Klärung der Ruhr besteht, hat in Paris und Brüssel in parlamentarischen und diplomatischen Kreisen ein großes Aufsehen hervorgerufen. Man begrüßt in Paris tatsächlich nicht, warum sich Macdonald veranlaßt fühlte, am Tage nach der Konferenz an den französischen Ministerpräsidenten ein derartiges Schreiben zu richten. Man fragt sich in Paris, was denn eigentlich Macdonald zu seinem Brief veranlaßt hat. Die nächstliegende Antwort, die die parlamentarischen Kreise und auch die Abendblätter geben ist folgende: Macdonald hat während der Konferenz dem Druck Herriots nachgegeben und in die Frist von einem Jahre eingewilligt, um das Schicksal der Konferenz zu verhindern. Früher haben aber seine Parteifreunde einen Druck auf Macdonald ausgeübt, um ihn zu veranlassen, Herriot von dieser Frist abzubringen. Macdonalds Stellung vor der Arbeiterpartei scheint gefährdet, wenn er Herriot auf diesem Gebiet nicht zu weiteren Konzessionen bringen kann. Ob Macdonald mit seinem Brief dieses Ziel erreicht, steht zur Stunde in keiner Weise fest. Es wird uns besüßigen, daß Herriot sich selbst noch nicht einmal entschieden hat, ob er auf das Schreiben Macdonalds antworten wird, jedoch scheint dies wahrscheinlich. Macdonald hat jedenfalls die Stellung durch sein Datum ernstlich gefährdet. Die Opposition wird diesen Brief bei den beginnenden Kammerdebatten zu einem Angriff auf Herriot reichlich ausnützen. Es steht aber zweifellos mit größter Sicherheit fest, daß Herriot vor dem Parlament eine Rede abgeben wird.

In der Presse kommt lebhaftes Besprechen darüber zum Ausdruck, daß der Brief einen ganzen Tag früher in der englischen Presse veröffentlicht wurde. Weiter fragt man nach der Beantwortung, die Macdonald zur Abfassung dieses Schreibens gehabt hätte und was er damit bezweckt. Vermutlich seien es innere politische Gründe gewesen, aber Frankreich sei keinesfalls gewillt, diese Gründe als stichhaltig anzuerkennen. Wenn Engländer diesen Brief gefürchtet hätte, wäre die Sache noch anders, aber die Unterstützung Macdonalds würde ihn doppelt unannehmlich. Journal des Débats glaubt, daß Macdonald mit dem Brief den Hauch verlor, den Bankiers besonders entgegenkommen, um so einen härteren Druck auf die französische Regierung auszuüben. Auf diese Entscheidung Macdonalds werde Frankreich sofort mit dem Ruf: „Sicherheit, alliierte Schuldner!“ antworten. Journal des Débats läßt sich aus Brüssel melden, daß man auch dort mit „lebhaftem Entzücken“ den Brief Macdonalds Kenntnis genommen habe. Derselbe habe er jegliches Maß überschritten. Der Standpunkt der belgischen Regierung sei in einer Note wiedergegeben, die das Ansehen Macdonalds zurückweist.

Entgegen Londoner Meldungen wird am Canal d'Orsch erzählt, an Herriots amtlichen Stellen sei wieder von einem Geheimbriefe Herriots an den Reichskanzler Marx, noch von einem unverständlichen Briefe Marx an Herriot etwas bekannt.

Der Ministerrat hinter Herriot

V Paris, 19. Aug. (Von unserm Pariser Vertreter.) Der heutige Ministerrat war bedeutend rascher beendet, als man erwartet hatte. Die Sitzung dauerte nur 1/2 Stunden. Doumergue war aus Komboillet einmarschierend, wie sich herausstellte, um die verschiedenen Punkte der Konferenz über das Londoner Resultat anzuhören. Das Kommuniqué des Beschlusses, das eine volle Uebereinstimmung erreicht worden ist und alle Kollegen die Zustimmung der Präsidenten teilen. Herriot, der am Schluß in außerordentlich guter Laune den Sitzungssaal verließ, erklärte den auf ihn wartenden Journalisten folgendes: „Ich werde selbst die Erklärung über die Londoner Konferenz vor Kammer und Senat verlesen. Unter diesen Umständen wird die Kammer während meiner Anwesenheit im Senat die Sitzung unterbrechen.“ Auf die Frage, ob Herriot sofort den Interpellationen zu antworten oder, erwiderte der Präsident, daß er sich zu sofortiger Verfügung der beiden Parteien halten wird. Der Innenminister, der verständig das Kommuniqué unter die wartenden Journalisten austeilte, erklärte, daß Herriot nicht die Absicht habe, vor der Eröffnung der Kammer mit den Kommissionen für Auswärtiges und für die Finanzen Rücksprache zu nehmen. Er wird sich damit beschäftigen, in seiner Ausprache mit den Präsidenten der beiden Kammern deren Auffassungen kennen zu lernen. Diese Absicht Herriots ist lediglich auf den Kanal an Zeit zurückzuführen. Das Dokument, das er in den Parlamenten zur Verlesung bringen wird, soll sehr ausführlich werden, jedoch Herriot die nächsten zwei Tage nicht hat, um die Redaktion der Reklamationserklärung zu vollenden. Der Präsident der Republik, Doumergue, ist heute abend wieder nach Komboillet zurückgekehrt. Er wird am Donnerstag wieder in Paris ansetzend sein, um den Ministerrat, der an diesem Tage stattfindet, zu verändern. Dieser nächste Ministerrat wird den Wortlaut der Erklärung Herriots zur Kenntnis nehmen.

V Paris, 19. Aug. (Von unserm Pariser Vertreter.) Die Zahl der Interpellationen, die sich bis jetzt angesammelt haben, um über die Londoner Konferenz und die damit zusammenhängenden Fragen in der Kammer das Wort zu ergreifen, beträgt schon über 20. U. a. hat sich heute der Pariser Abgeordnete Taittinier eingeschrieben; er wird über die Sicherheitsfrage sprechen und insbesondere darüber, wie sich Herriot das Funktionieren der Abrüstungskontrolle in Deutschland denkt, nachdem der Völkervertrag mit der Abrüstungskontrolle beauftragt ist. Der Interpellation Taittiniers, der einer der herausragendsten Redner der Rechten ist, nicht man in parlamentarischen Kreisen besondere Bedeutung bei.

Die Alliierten-Premiers auf der Völkerverversammlung?

An den Kreisen des Völkervertrages sekretariats rechnet man mit Sicherheit damit, daß die englischen und französischen Ministerpräsidenten zum Beginn der Völkerverversammlung in Genf einreisen. Macdonald wird bereits vor der Eröffnung der Versammlung, Herriot in der ersten Tagungswoche erwartet. Ueber die Absichten Mussolinis ist hier nichts bekannt.

Das „Journal de Genève“ nimmt an, daß während der Tagung die Rebernahme der Militärkontrolle in Deutschland der den Völkervertrag besprochen werde. Das Blatt bekämpft aber den von dem französischen Deputierten Paul Boncour geduldeten Plan einer Debatte in der Versammlung, solange der Rat nicht Stellung zu der Frage genommen hat. Das Blatt schreibt: „Denjenigen, die von dem Eintreffen Herriots, Macdonalds und Mussolinis Kunde erwarten, werden enttäuscht werden. Wir werden selbstverständlich schone und ebemütige Reden hören und der Annahme einiger Entschuldigungen und Wünsche beistimmen. Der Völkervertrag ist jedoch kein Dokument. Wahre Arbeit wird nicht im Versammlungssaal geleistet, sondern in nichtöffentlichen Sitzungen und in geheimen Beratungen der Ausschüsse. Diesen beschreiben, aber sicheren Weg wird auch Herriot eingeschlagen müssen, wenn er seinen Plan verwirklichen will.“

Die Aufwertungsfrage

Beginn der Generaldebatte im Aufwertungsausschuß

Am Reichstagsauschuß für die Aufwertungsfrage begann gestern die Generaldebatte.

Abg. Dr. Düringer (D. Sp.) betonte, daß sich seine Fraktion sowohl auf ihrem Parteitage als durch Beschluß vom 24. Juni ds. Js. für eine gerechte Aufwertung ausgesprochen habe. Er verlangte demgemäß Aufhebung der Steuernotverordnung und Erhöhung des Aufwertungsfußes. Die Kreditnot bestehe für die Industrie, lie beste aber nicht für diejenigen, die unter Ausnutzung der Deflation große Realitäten fast kostenlos erworben haben.

Abg. Dr. Schöter (Zentr.) hielt ebenfalls eine Nachprüfung der dritten Steuernotverordnung für notwendig, jedoch unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, Staat und Wirtschaft lebensfähig zu erhalten. Die erhobenen Einwendungen der Untragbarkeit, der Kreditfähigkeit, der Unsicherheit und der Verschönerung hätten eine gewisse Berechtigung, würden aber durch gewisse wirtschaftliche Erleichterungen aufgehoben. Hinsichtlich der öffentlichen Anleihen werde es möglich sein, den Zinsendienst in geringer Höhe aufzunehmen, wenn es möglich sei die Kosten aus besonderen Mitteln, nicht aus dem Staatshaushalte, aufzubringen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wünschte Abg. Dr. Bräutigam (Wirtsch. Vereinig.), daß die ganze Aufwertung auf dem Ertrag der belasteten Hypotheken aufgebaut werden müsse und verlangte ebenfalls die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung und eine neue allgemeine Regelung auf der Grundlage des Ertrages.

Beiseiten der Regierung wurde betont, daß mit der Aufhebung der dritten Steuernotverordnung auch alle Vorteile, die diese Verordnung der Privat- und Staatswirtschaft gebracht habe, wieder beseitigt werden und die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse in eine neue Unsicherheit gestürzt würden. Maßnahmen mit derartigen Folgen für die Wirtschaft und Steuerfinanzen würde in jeder Hinsicht dem Standpunkt zuwiderlaufen, den sämtliche Reichstagsmitglieder eingenommen haben.

Abg. Emminger (D. Sp.) legte in juristischen Ausführungen dar, daß eine Aufwertung ohne Steuernotverordnung juristisch gar nicht begründet sei. Eine Aufwertung müsse wirtschaftlich trotz der Einrede in erster Linie ein wirtschaftliches Problem in Frage stehen. Die Anordnung der

Schaffung eines Sozialfonds

zur Unterstützung derjenigen Personen, die unter der Inflation gelitten haben, daß ihr Existenzminimum gefährdet würde, sei durchaus begründbar. Aber man dürfe sich dabei nicht verhehlen, daß beispielsweise diese Einrichtung in Deutschland nicht den Bedarf der betreffenden Kreise befriedigen würde. Im übrigen müßte der Fond, aus dem die Unterstützungsmittel fließen sollen, so groß sein, daß man sich ernstlich fragen müßte, woher so erhebliche Mittel genommen werden sollen. Im weiten Umfange werde eine Erhöhung der 15 Prozent der Verzinsung und eine Umwandlung von Hypotheken in Tilgungshypotheken möglich sein. Im Unterhaushalt müsse dies nach der technischen Seite hin geprüft und formuliert werden.

Abg. Dr. Steiniger (Dall.) bezeichnete die dritte Steuernotverordnung als ein ungeheures Unrecht und rüde scharf von dem Standpunkt der Regierungsovertreter ab, daß die Frage lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkte aus zu beurteilen sei. Die Kreditfähigkeit der Schuldner sei durch die Verordnung keineswegs gefährdet worden. Schließlich beantragte der Redner, die Notenordnung zu einem bestimmten Termin aufzuheben und der Regierung die weiteren Schritte zu überlassen. Gleichzeitig müßte auch ein Sperrgesetz für die noch laufenden Verpflichtungen, Rückgaben und Prämien erlassen werden. Die Aufnahme des Zinsendienstes sei für die Gläubiger das wichtigste. Die Inhaber von Kommunalanleihen und Sparbüchern müßten ihre Forderungen zunächst voll ausgemerkelt sehen.

Abg. Dr. Fleischer (Ztr.) erläuterte einen Antrag des Zentrums der eine Abänderung der dritten Steuernotverordnung zum Ziele hat.

Hierauf verlegte sich der Ausschuß auf heute.

Die angeblichen Erzbergermörder

Die Budapestter Morgenblätter beschäftigen sich mit der Aufklärung der sich angeblich in Ungarn aufhaltenden Mörder Erzbergers. Sie behaupten, daß der deutsche Gesandte in dieser Angelegenheit amtliche Schritte bei dem Ministerpräsidenten unternahm. „Wog“ sucht den Befehl des deutschen Gesandten so darzustellen, als ob er bezweckt hätte, die ungarische Regierung dahin zu informieren, daß es der deutschen Regierung in der gegenwärtigen politischen Lage nicht anginge, falls sich die Identität der in Haft befindlichen Heinrich Förster mit einem der Mörder Erzbergers herausstellte. Das ungarische Korrespondenzbüro wurde zu der Erklärung ermächtigt, daß die tendenziöse Darstellung des Blattes jeder Grundlage entbehrt.

Zur Frage der Auslieferung der deutschen Gegenrevolutionäre erhalten die ungarischen Zeitungen von jenseitiger Seite eine Information, worin u. a. gesagt wird: Gemäß dem belgischen Auslieferungsgesetz von 1833, das in der ganzen Welt gelte, sei die Auslieferung politischer Gefangener unstatthaft. Manget besonderer Konventionen müßten mit Rücksicht auf die Gegenleistung Präzedenzfälle in Betracht gezogen. Deutschland habe aber sowohl die Auslieferung des Mörders Bogos, Cierungal, wie auch die Auslieferung Bela Rans und die des Attentäters gegen Bela Beimer, fernerzeit verweigert. Deutschland und Oesterreich ständen also auf dem Standpunkt, daß das Völkerrecht auch logenähnliche relationen politischen Verbrechen aufzimme.

Wie das B. L. B. hört, ist der deutsche Gesandte in Budapest beauftragt worden, für den Fall, daß der Beschäftigte identifiziert wird, schon jetzt seine Auslieferung zu beantragen.

[] Berlin, 20. Aug. (Von unserm Berliner Büro.) Der verhaftete Heinrich Förster ist wie aus Budapest gemeldet wird, noch nicht freigegeben worden. Beim Verhör leugnete er, an der Ermordung Erzbergers beteiligt gewesen zu sein und gibt an, daß er aus politischen Gründen Deutschland verlassen hätte, weil er Mitglied der Organisation C sei. Im übrigen gesteht sich die Affäre zu einer politischen Streitfrage ersten Ranges unter den Parteien.

Deutschland und die Türkei

In einer Unterredung mit Ismet Pascha äußerte sich der deutsche Gesandtsrat Holstein optimistisch über seine Verhandlungen über die Türkei u. die Türkei interessierenden Fragen. Der deutsche Gesandtsrat verhandelt zur Zeit mit Angora mit der türkischen Regierung über die Ueberführung der deutschen Wirtschaft nach Angora.

Die Kapitalinteressen der Union in Latein-Amerika

(Spezialabteilung der United Press)

△ New York, 18. August. Das von Nordamerika in Latein-Amerika investierte Kapital beträgt nach Regierungsschätzungen etwa 3760 Millionen Dollars. Die Führung hat Cuba mit 1360 500 000 Dollars, es folgt Mexiko mit 1022 000 000 Dollars. Das in Argentinien investierte nordamerikanische Kapital beläuft sich auf 234 500 000 Dollars, in Brasilien 273 000 000, Chile 317 000 000, Peru 250 000 000 Dollar. Zum größten Teil besteht dieses Kapital in Staatspapieren und Staatsanleihen, außerdem besteht eine starke amerikanische Beteiligung an Fabriken, Bergbau und anderen Unternehmungen. Vor dem Krieg war das Interesse in Latein-Amerika von den Vereinigten Staaten auf Cuba, Mexiko, Panama und Bolivien beschränkt. Die industriellen Investitionen waren früher hauptsächlich auf Kupfer-, Zunder- und Bananen-Unternehmungen beschränkt, sind aber jetzt auch auf andere Interessensphären übergegangen und erheblich gewachsen. Im Jahre 1900 wurde die nordamerikanische Investition in Latein-Amerika auf 950 Millionen Dollars geschätzt.

Badische Politik

Glückwünsche des Staatsministeriums an Offenburger

Aus Anlaß der Räumung des Gebietes von Offenburger-Kuppenweiler hat das Staatsministerium folgendes Telegramm an den Oberbürgermeister und den Oberamtmann von Offenburger erlassen:

„Die badische Regierung gibt ihrer Freude Ausdruck über die Befreiung von der Belagerung und überlebensbedrohlichen Wünsche für rasche und sichere Erholung von Stadt und Bezirk mit besonderer Anerkennung und Dank für die edel vaterländische Haltung der gesamten Bevölkerung sowie der Gemeinde- und Staatsbehörden.“

Staatspräsident Dr. Köhler wird am Mittwoch nach seiner Rückkehr aus Berlin dem geräumten Gebiet einen Besuch abstatten.

Deutsches Reich

Um die Landtagsauflösung in Braunschweig

Im braunschweigischen Landtag stand am Montag ein Antrag der Reichstagsfraktion über die Auflösung des Landtags zur Beratung. Durch die Annahme dieses Antrags sollte die Durchführung des Volkenschieds über die Auflösung des Landtags entbehrlich gemacht werden. Die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit für den Antrag wurde nicht erreicht, da von 50 Abgeordneten infolge Fernbleibens der Sozialdemokraten von der Sitzung nur 32 Abgeordnete erschienen waren. Es muß nunmehr durch Volkenschied über die Auflösung des Landtags entschieden werden.

Dr. Scholz im Reichstag verunglückt

Berlin, 20. Aug. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz erlitt im Reichstag einen Unfall, bei dem er sich eine Bänderverletzung am linken Fuß zuzog. Auf ärztliche Anordnung ist ihm auf einige Wochen vollkommene Bettruhe verordnet.

„Schweyer und Seißer“

Der „Miesbacher Anzeiger“ macht unter der Ueberschrift „Schweyer und Seißer“ darauf aufmerksam, daß das Urteil des Staatsgerichtshofes ein geradezu vernichtendes Urteil über die juristische Befähigung des Staatsrats Schweyer ausgesprochen habe. Seißer wäre als politisch unrichtige Persönlichkeit entlassen worden. Das zu sein ist aber Pflicht jedes Landespolitikers in demgemäßen politischen Zeiten. Außerdem habe der Minister Schweyer gegen den § 67 der bayerischen Verfassung verstoßen.

Das Ergebnis des Personalabbaues im Reich

Nach einer dankenswerten Feststellung, die soeben in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ Dr. Wolf veröffentlicht hat, war die Kopfzahl der am 1. Oktober 1923 im Reichsdienst befindlich gewesenen Beamten, Angestellten und Arbeiter (einschl. Reichsbahn, Post und Reichsbroderei) 1502 214, davon Beamte 825 955, Angestellte 60 747 und Arbeiter 705 512. Während nach § 1 der Abbau nur 5 Proz. dieser Zahl bis 1. Februar 1924 und weitere 5 Proz. zum 1. März und 1. April 1924 abgebaut werden sollten, beschloß die Reichsregierung, wegen der finanziellen Not bis Ende Januar 1924 10 Proz. bis März 1924 20 Proz. abzubauen. Tatsächlich sind bis 31. März 1924 abgebaut: 396 888 Beamte, Angestellte und Arbeiter. Von den am 1. April 1924 noch im Reichsdienst befindlichen 54 555 weiblichen Beamten entfallen allein auf die Post 31 732; jetzt sind nur noch 54 weibliche Beamte verbleibend. Die Zahl der weiblichen Angestellten war am 1. April 1924 2924 und noch am 1. Oktober 1923 19 192. Unter Zugrundelegung des Personalbestandes vom 1. Oktober 1923 werden nach Abzug der Ruhegehälter an Personalabgaben jährlich insgesamt 454 Millionen Goldmark. Das sind 15,3 Proz. der Gesamtanwendungen; dazu kommen noch nicht genau schätzbare Ersparnisse an sachlichen Aufwendungen für Räume, Licht, Heizung, Material. Im ganzen, sagt die Juristen-Zeitung, ist das finanzielle Ergebnis recht betrüblich. Noch erwünschlicher aber wäre es freilich, wenn endlich auch einmal amtliches Zahlenmaterial über die durch die Altersgrenzenangelegenheiten in den Ländern erzielten Ersparnisse mitgeteilt werden würden. Erst dann wäre es möglich, zu beurteilen, ob und in wievieler den durch diese Maßnahmen gerade auf dem Gebiete der Rechtspflege verursachten Schäden entsprechende Vorteile wirklich gegenüberstehen.

Letzte Meldungen

Rheinische Kommunalanleihe in Amerika

(Spezialabteilung der United Press)

△ Newport, 19. Aug. Der Kölner Bankier Karl Stern verhandelt in Newport über die Unterbringung verschiedener rheinischer Gemeindeanleihen im Gesamtbetrag von 1 Million Dollar.

Erhöhter Getreideanbau in den Vereinigten Staaten

(Spezialabteilung der United Press)

△ Washington, 20. Aug. Das Landwirtschaftsdepartement stellt in einer vorläufigen Situa. fest, daß die amerikanischen Farmer beabsichtigen, im nächsten Herbst um 7 1/2 Prozent mehr Winterweizen anzubauen, als letztes Jahr, obwohl die letzte Anbaulage bereits ärger ist als vor dem Kriege. Man läßt, daß die beabsichtigte Ausdehnung um 27 Proz. den 4 Jahresdurchschnitt der Ertragsleistung übersteigt und nur um 5 1/2 hinter dem Durchschnitt der arden Anbaulage 1919-1923 zurückbleibt. Die letzten 5 Jahren Preise dürften diese Entscheidung beeinflussen, die allerdings noch bis zur Auslastung weichen kann. Die Schätzungen weisen auch auf einen erhöhten Roggenanbau hin.

Der englisch-mexikanische Konflikt

(Spezialabteilung der United Press)

△ Mexiko City, 19. Aug. Der britische Vertreter Selcombe und der Rechtsbeistand der Familie Coons erklärten ihre Befriedigung über die Fortschritte im Verhör der Mörder der Frau Coons in Puebla.

Großfeuer

Hannover, 20. Aug. Nach Blättermeldungen brach in einer Fabrik zur Verarbeitung von Edelsteinen in Leppeln in einem mit großen Holzporrchen gefüllten Lagergebäude Großfeuer aus. Drei Fabrikgebäude brannten bis auf die Umfassungsmauern nieder. Nur das Maschinenhaus wurde gerettet.

Auch das Sägewerk Deutsch-Obern in Hannover wurde durch ein Großfeuer mit den gesamten Lagerbeständen eingeeäschert.

Die Ueberschwemmungskatastrophen in China

Tientsin, 20. Aug. Infolge neuer Regengüsse droht auch Tientsin überschwemmt zu werden. Das Ueberschwemmungsgebiet dehnt sich immer weiter aus.

Paris, 20. Aug. Wie die „Temps“ mitteilt, hat das Kriegsgericht in Straßburg den früheren Direktor der elsischen Gesellschaft für Rheinschiffahrt und Mitglied der Handelskammer Ravier wegen Desertion im Innern in Kriegszeiten unter Verbilligung mildernden Umständen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Wien, 19. Aug. Nach Meldungen aus Sofia ereignete sich in der Stadt Barua ein Explosionsunglück. Große Mengen englischer Munition, die am Laufe des Krieges in einem Komat verpackt worden waren, sind in die Luft geflogen. Eine Unternehmung des Unglücks, das mehrere Verwundungen zur Folge hatte, ist eingeleitet worden.

Verbrechens-Propylaxe

Von Amtsgerichtsdirektor Dr. Klein

Schluss der Artikelreihe in Nr. 280, 290, 311, 355, 362 und 373 des „Mannheimer General-Anzeiger“.

Dass es leichter und erfolgreicher ist, einer Krankheit durch Vorbeugung (Propylaxe) zu wehren, als eine ausgebrochene zur Heilung zu bringen, ist eine längst anerkannte ärztliche Tatsache. Früher haben Epidemien und Seuchen, Pest und Cholera die Völker dezimiert und es gelang solange nicht, derselben Herr zu werden, bis man nicht daran ging, ihnen den Nährboden zu entziehen, auf welchem sie sich ausbreiten konnten, als man nicht die Voraussetzungen beseitigte, aus denen sie ihre verderbliche Wirkung ausüben konnten. Wir können hieraus auch für die Verbrechensbekämpfung lernen. Wir können hieraus auch für die Verbrechensbekämpfung lernen. Wir können hieraus auch für die Verbrechensbekämpfung lernen.

Alle Ursachen des Verbrechens werden wir nicht beseitigen können. Soweit sie menschlichen Trieben (Instinkten) entspringen, müssen wir uns darauf beschränken, diese zu erteilen (vgl. Einleitend im Strafrecht in Nr. 335 des General-Anzeiger). Aber wenn wir die Kette der Verbrechensursachen überblicken: Erziehung, Alkohol, Prostitution etc. und daran denken, welchen großen Anteil die sozialen Verhältnisse auf das Verbrechen ausüben, werden wir ohne weiteres zu der Ueberzeugung gelangen, daß es keinen besseren Schutz gegen die Ausbreitung des Verbrechens geben kann, als wenn wir die verurteilenden Faktoren aus der Welt schaffen oder sie in ihrer Wirksamkeit nach Möglichkeit beschränken.

Dabei sei vorweg darauf hingewiesen, daß auf diesem Gebiet die staatliche Tätigkeit nicht ausreichen kann. Dies hat seinen natürlichen Grund und ist im menschlichen Wesen begründet. Jede Propylaxe erfordert ein vernunftgemäßes Handeln. Gegen ein soziales und politisches Eingreifen in die Handlungsfreiheit wehrt sich aber gern jeder als unerwünschte Bevormundung. Die Erziehung vernunftgemäßen Handelns ist deshalb ein mühseliges und so fei verlagertes, erstere sie meist mit einem Misserfolg. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich der Staat auch darauf beschränkt, Richtlinien herauszugeben und Belehrungen zu erteilen, hat aber die eigentliche Ausübung der privaten und kommunalen Tätigkeit überlassen, welche man unter dem Sammelbegriff „Fürsorge“ zusammenfaßt. Auf diese Weise gelang es z. B. Hunderttausende zur Abkehr vom Alkohol zu bestimmen, was staatlichen Zwangsmassnahmen nie gelungen wäre, auch nicht durch ein Alkoholverbot. Auf diese Weise sollte es auch gelingen, für entlassene Strafgefangene zu sorgen, während ein Zwang zur Einweisung solcher mindestens die größten Erschütterungen des Wirtschaftslebens zur Folge hätte.

Wenden wir uns nun zur sozialen Lage und zu dem auf sie mit ihr zusammenhängenden Eigentumsbegriff. Der primäre gesellschaftliche Ursprung erfordert schon die Unterscheidung von Wein und Getreide und der wirtschaftliche Zukunftsstaat wird ebenfalls ihnen rechnen müssen. Damit ist aber schon ein Faktor der Verwirklichung gegeben, der nicht zu beseitigen sein wird. Aber soweit die sozialen Verhältnisse den Anforderungen einer geistigeren Sittlichkeit nicht mehr entsprechen, ist Abhilfe nötig. Es ist schmerzhaft nicht halber, daß dem Einzelnen das Recht gegeben ist, skrupellos weit über das Maß eines höchstbedürftigen hinaus Vermögen zu sammeln, während dem Ärmsten kein Recht auf Arbeit und kein Existenzminimum gesichert ist. Solange hierin nicht Wandel geschaffen ist, bleibt eine der Hauptursachen des Verbrechens unbeseitigt und der Staat bleibt in der Zwangslage, entweder aus wahrer Notwendigkeit die Strafmittel, wenn auch milder, zu bestrafen, was den Grundgedanken der Sittlichkeit zuwider ist, oder solche, wie es der Entwurf eines neuen Strafbuches vorsieht, straflos zu lassen, was wieder einen neuen Anreiz und damit ein neues verurteilendes Moment darstellt.

Die mildernden Fürsorgemaßnahmen sind bekannt. Es ist die Sorge für Kranke und Invaliden, die Armenpflege, die aber so ausgeübt werden muß, daß jedes beschämende Moment ausgeschlossen ist, der Arbeitsnachweis, die Versicherungen gegen Krankheit und Schäden aller Art, die Arbeitslosenfürsorge, Notstandsarbeiten, Sparkassen, Anleihen für Obdachlose und Wärmestellen u. dgl. m. Vor allem gilt es hier, der Wohnungsnot, um nicht zu sagen dem Wohnungschaos, zu wehren. Denn die sozialen Mängel der Strafgerichtshaltungen sprechen Bände darüber, wie verheerend das zu enge Wohnen auf Moral und Sittlichkeit wirken. Darüber hinaus sind die Bestrebungen auf Schaffung von Heimstätten durch die Forderung des Familienfriedens eines der besten Vorbeugungsmittel, und die damit zusammenhängende Schaffung von Erholungsstätten, Gefallen, Rufen, Konzerte, Sportplätze, Turn- und Spielhallen u. dgl. m. sind das wirksamste Mittel zur Entwöhnung vom Wirtshaus und damit gegen die Alkoholvergiftung.

Von der Größe dieser gibt die Reichstriminalitätsstatistik ein anschauliches Bild. 1912 wurden verurteilt 126 000 wegen Körperverletzung, 21 000 wegen Widerstand, 15 000 wegen Sexualdelikten, 60 000 wegen Verleumdungen. Schreibe man hieron nur ein Viertel, gerechnet dem Alkohol zu, so blieben 50 000 Delikte zu seinen Lasten, wobei noch nicht in Betracht gezogen ist, daß die durch Trunksucht verminderte Widerstandsraft auch zu sonstigen Delikten geneigt macht, und daß auch, wie gezeigt, geringer Alkoholkonsum die Ueberzeugung mindert, Neben staatlichen Maßnahmen sind deshalb die Bestrebungen der Landesverbände gegen den Alkoholismus auf das wirksamste zu unterstützen. Von staatlichen Maßnahmen

denke ich dabei weniger an die meist wirkungslosen Konsumbeschränkungen, als an Exzesse für Trunkflüchtige und ähnliche Maßnahmen, welche die Folgen des Alkohols auf die Nachkommenschaft beseitigen.

Nächst der Alkoholvergiftung ist die Fürsorgeerziehung von größter Bedeutung. Verbunden mit der Schulausbildung durch Züchtung, wo die eiberliche Erziehung unmöglich ist oder versagt. Am allernützlichsten aber ist die Fürsorge für entlassene Strafgefangene. Denn hier gilt es, der gefährlichsten Verbrechenserscheinung, dem Rückfall, Einhalt zu tun und damit die in der Strafanstalt erzielte Besserung zu einer dauerhaften zu gestalten. Auch sie obliegt privaten Landesvereinen und gerade diese haben mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen. Vor allem mit Geldmangel, weshalb nicht genug auf ihre Bedeutung hingewiesen werden kann, sodann aber auch mit Vorurteilen aller Art, die es zu betätigen gilt. Oft schon wurde ihren Bestrebungen der Vorwurf gemacht, sie begünstigten den Rechtsbrecher vor dem Urteilstrafen, der unerschütterlich arbeitslos geworden ist. Ein recht tursüchtiger, nur durch den Doleinstampf erklärlicher Einwand. Jeder rückfällige Verbrecher trägt zur Ausbreitung des Verbrechens bei und wenn man das Verbrechen bekämpfen will, so muß man zuallererst beim Rückfälligen anfangen. Einzelne Konsumbeschränkungen sind auch oft die Bestrebungen der Vereine, indem oftmals unbedachte Arbeiter sich weigern, neben Bestrafungen zu arbeiten. Hier muß von allen dazu berufenen Organen ausstärkend gewirkt werden.

Zu den vorbeugenden Maßnahmen gehört auch die Bekämpfung von Schmutz und Schund in Kino, Schaustellungen, Abbildungen und Literatur. So bildend und sätzlich fördernd auch diese, insbesondere der Film, Werke können, so verwerfend kann auch ihre Wirkung sein, wenn sie sich von rüderen Instanzen weilen lassen und dem Sittensittlichkeit über Gebühr Rechnung tragen. Auch hier ist durch staatliche Maßnahmen wenig zu erreichen, durch Züchtung und Selbsthilfe alles. Durch Selbsthilfe kann überhaupt gar manches Verbrechen verhindert werden, insbesondere Eigentums- und Betrugsdelikte. Es ist ersichtlich, welche große Anzahl derartiger Verbrechen auf Sorglosigkeit und Leichtgläubigkeit zurückzuführen sind. Die allererste, so auch bei der höchsten Polizeidirektion (Bezirksamt) veranstalteten Ausstellungen von technisch in Sicherheitmitteln gegen Diebstähle und die damit verbundenen ursprünglichen Beratungsstellen werden hier fördernd wirken. Die Presse muß durch wiederholte Aufforderungen über die Gebrauche und Tricks der Hochstapler und Bauernfänger das ihrige dazu beitragen.

Zur Verbrechenspropylaxe rechne ich auch die Intensivierung der Strafverfolgung. Je erfolgreicher die Verfolgungsbehörden insbesondere die Kriminalpolizei und Gendarmerie, arbeiten, desto erfolgreicher die Strafe und desto geringer die Zahl der Verbrecher. Es ist eine einschneidende Tatsache, daß die abschreckende Wirkung der Strafe im wesentlichen nicht auf Auswirkung kommt, weil der Verbrecher zu große Hoffnung haben kann, nicht erwischt zu werden. Je mehr wir ihm diese Hoffnung nehmen, desto größere Wirkung wird die Strafsituation haben. Dazu gehört aber, daß alle Verfolgungsorgane mit den neuesten technischen Errungenschaften in der Verbrechensbekämpfung ausgestattet sind und in deren Handhabung ausgebildet werden. Es würde zu weit führen, hier die große Menge dieser technischen Mittel zu erörtern. Es mag der Hinweis auf das Fingerringdruckverfahren genügen, das die Identifizierung einer Person mit größter Sicherheit gewährleistet, die Erkennung und Deutung von Blutspuren, Fußspuren, Vorgabildern, die chemischen und mikroskopischen Erfolge in der Verfestigung von Haaren, Stoffen, Geweben, Schmutz und Staubfäden, Wollen, Scharen von Werkzeugen, und die Aufklärung von Fälschungen aller Art. Hier hat die Not unseres Vaterlandes dem weiteren Ausbau eines Regel vorgeschoben, weshalb sich u. a. auch in Karlsruhe eine Vereinigung für Polizeiwissenschaft gebildet hat, auf welche hier ausdrücklich hingewiesen werden soll.

Auf zwei Dinge möchte ich zum Schluß noch hinweisen, welche sowohl das Gebiet der Sittlichkeit als auch das der Propylaxe betreffen. Das erste ist die Gesetzgebung. Sie ist die Grundlage für das Rechtswesen des Volkes. Wir haben in den Kriegsjahren und Nachkriegsjahren eine Hochflut von Strafgesetzen erlebt, die auch dem Juristen jeden Ueberblick nahmen, und deren Befolgung dem Laien fast zur Unmöglichkeit wurde, weil sie, so im einzelnen, geändert und aufgehoben wurden und bei Erstellung in ihrer Tragweite nicht genügend erwogen waren. Hierin muß ein Wandel eintreten, denn ein nicht angemessenes Strafrecht untergräbt das Rechtsbewußtsein mehr als ein nicht erfülltes. Sodann muß sich aber die Strafgesetzgebung auch davor hüten, jedem täglichen Bedürfnis und jeder wechselläufigen Anordnungsänderung Rechnung zu tragen zu wollen, und darf nur solche Härten schieben, deren sozialer und ethischer Wert nach dem in den vorigen Abhandlungen Darlegungen nach menschlichem Ermessen sich als ein dauernder darstellt. Sonst läuft sie Gefahr, dem Fluche zu verfallen:

Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort, Sie schleppen von Geschlecht zu Geschlecht, Und rücken leicht von Ort zu Ort.

Und nicht nur, daß sie das Rechtsbewußtsein nicht fördert, sie wirkt noch schädlicher, sie stumpfen es ab und führt gerade das herbei, was ich bezeichnen möchte als die kriminelle Psychonomie der Gegenwart. Dies führt mich zum zweiten Punkt und zum Schluß. Ich sprach unter Strafe und Straflosigkeit von einem stillen Unterleiden in den Gefängnissen, der politisch fördernd und negativ bewirkend wirken sollte und wies darauf hin, daß von dem Rechtsbrecher keine größere Sittlichkeit verlangt werden kann, als ihn entgegengebracht wird. Ein solcher Unterleiden dürfte deshalb nicht auf die Gefängnisse beschränkt bleiben. Er müßte allen Menschen, die den imperativen Zwang des Sanktionsverordens haben, zeigen, daß sie nur durch Anerkennung der Rechtsordnung des Bestehens, des Besten gegenüber der Materie und daraus entfliehende charitative Lebensauffassung und Bestrebungen zur irdischen Glückseligkeit gelangen können, ihnen den Weg weisen, den Goethe seinen Faust gehen ließ, den nach ruheloser Wanderung durch Materieklausen schon der Gedanke an gemeinsame Arbeit anrufen läßt: „Am Vorgefühl von soichem hohen Glück genieß ich jetzt den höchsten Augenblick!“ Dann wären wir wenigstens auf dem Wege der Erkenntnis des Verbrechens als Mensch sein könnte und welche lautet: „Reinwendigkeit ist das Reich der Natur“, den erfindenden Instanz beifügen zu können: „Freiheit ist das Reich der Gnade!“

Wirtschaftliches und Soziales

Verbesserung der Schifffahrt auf dem Untersee (Bodensee)

Die Dampfschifffahrt auf dem unterhalb Konstanz zwischen Stein a. Rh. und Radolfzell liegenden Untersee mit der Insel Reichenau sind die Schiffsverbindungen auch in den verkehrsstarren Sommermonaten durchaus unzulänglich geblieben, weil die auf badischer Seite gefahrenen Kurse, die auf Rechnung der Reichsbahn gehen, sich wenig rentieren. In die fühlbare Lücke ist nun mit mehr Unternehmerrisiko die Stadt Konstanz getreten, die nach den ersten guten Versuchen mit trochen Motorbooten zwischen Kreuzlingen—Konstanz—Gottlieben im Anschluß an den Schweizer Dampfschiffverehr, jetzt auch die Reichenau und den Radolfzeller See teil in ihre Kurse aufgenommen hat. Es handelt sich um fechtliche große Boote mit 30 Personen Fassungsvermögen und Kajüteinrichtung für schlechtes Wetter.

Die Gehaltserhöhung der Bankbeamten

Gegenüber der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs durch den Reichsarbeitsminister, der den Tarifangehörigen eine entsprechende Gehaltserhöhung bewilligt, protestiert jetzt der Reichsverband der Bankleitungen in einer Erklärung, in der ausgesöhrt wird, die neue Bestimmung sei für das Bankgewerbe in der gegenwärtigen geschwunden und unübersichtlichen Lage unerträglich. Die Folge würde ein weiterer Personalabbau bei den Banken sein. Demgegenüber erklärt der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, die jetzt verhängte Gehaltserhöhung sei für die Banken durchaus tragbar. Auch mit dieser Zulage ständen die Angestellten der Privatbanken noch schlechter da als die der staatlichen Banken und Sparkassen, denn damit hätten sie nur eine Aufbesserung der Gehälter um höchstens 20 Prozent seit der Währungsstabilisierung erreicht. Auf den Personalabbau könne die Gehaltsfrage unmöglich einen Einfluß haben.

Städtische Nachrichten

Kulturpflege deutscher Handelskammern

Daß auch die Handelskammern berufen und bestraft sind, an der Pflege von Kunst und Wissenschaft erfolgreich mitzuwirken, zeigt Prof. Dr. Arthur Blaue in einem Aufsatz der Frankfurter Zeitschrift „Der Bund“. Danach haben Kunst und Wissenschaft durch Unterstützung von Museen, durch Aufträge an Künstler für Bildauerarbeiten, Gemälde und Aquarelle, durch Ausschreibung von Wettbewerben für Uraltstätten (Büchereien, Ausstellungsgelände) Förderung erfahren. In Düsseldorf, Breslau, Stettin wurden die Theater zum Teil durch Gründung von Gesellschaften unterstützt, verschiedentlich Bibliotheken sind ihren Zusammenstuf. Die Mannheimer Kammer ist Mitbegründerin der Handelshochschule Mannheim, die sie finanziell unterstützt, der Präsident und ein Mitglied gehören dem Ratatorium an, der Syndikus als Dozent dem Senat, der Bibliotheksdirektor ist gleichzeitig Bibliothekar der Handelskammer. Die Errichtung einzelner Lehrstühle, die für die Wirtschaft von besonderer Wichtigkeit sind, hat die Kammer durch Zuschüsse unterstützt, das Wirtschaftsarchiv, die Bibliothek, das Institut für Warenkunde durch besondere Beiträge. Die Beschäftigung von Professoren an großen privaten Betrieben hat sie vor dem Kriege in die Wege geleitet. Eine Schifferschule ist von der Kammer errichtet worden. Sie hat ein stenographisches Prüfungsamt eingerichtet; sie hat die Geschäftsführung der Süddeutschen Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung (Studienreisen der höheren Beamten) sowie die Geschäftsführung der Volkswirtschaftlichen Abende (Volkswirtschaftliche Gesellschaft). Die Kammer hat auch zahlloses Material für Doktorabhandlungen hergegeben. Die Patentschriftenausgestellte ist in der Hauptsache für

Niemand weiß, was der Tod ist, nicht einmal, ob er nicht für den Menschen das größte ist unter allen Gütern. Sie fürchten ihn aber, als wüßten sie gewiß, da her das größte Uebel ist. Plauto.

Weltreise

Von Colin Roth

31. Die Romane der Sojabohne

Hankau, im Juli.

Am Hafen von Schiogama war es wo ich zum erstenmal die fabelhaften Auchen sah, die mir später in der Wanderschaft so wertvoll werden sollten. Es waren große runde Dinger, fast wie Eimelkugeln, aber sie sahen aus wie wie Milchleine, die aus den Campans in die Lagerhäuser ausgeladen wurden. Da wir unter den japanischen Berichten dieser Art Fischkugeln vorgelegt erhalten hatten, dachten wir, er könne vielleicht aus diesen runden Kuchen hergestellt sein. Es waren jedoch keine Fisch-, sondern Bohnenkugeln, ein Weißprodukt der mandchurischen Sojabohne.

Mit diesen Bohnen hat es eine eigene Bemerkung. Die 50 Pfund große Chong Ho Lins und die ganze Bewaffnung seiner Armee kommen aus der Sojabohne, nicht anders als die grandiosen Anlagen der südmandchurischen Eisenbahn, die Docks und Werften, die Wohlpaläste und eleganten Straßen der Japaner in Dairen.

Die Sojabohne wird seit Jahrhunderten in der Mandchurei angebaut, und seit Jahrhunderten verwendet man sie nicht nur als Nahrungsmittel und Viehfutter, sondern verstand auch, Öl aus ihr zu pressen, das als Leuchtöl verwendet wurde. Aber die große Zeit der Sojabohne begann erst, als die japanische Firma Nitta u. Co. im Jahre 1909 eine Probekolonie von hundert Tennen nach England schickte. Dori sah sie die Sojabohne bereit ein und zwar vor allem als Ertrag für Baumwolle und Leinwand, daß schon in den folgenden Jahren für zwei Millionen Pfund Sterling eingeführt wurde. Heute beträgt die jährliche Sojabohnenproduktion etwa 2 1/2 Millionen Tennen, von denen ein gutes Viertel in Dairen verbraucht wird, während der Rest exportfähigen Ueberfluß besitzt. Der größte Teil dieses Exportüberschusses wird in Form von Bohnenöl und Bohnenkuchen ausgeführt, wie so die große wirtschaftliche Bedeutung der Sojabohne erst mit der Einführung rationaler Desinfizierungsmethoden und der weiteren Verwertung des Bohnenöls begann.

Es ist geradezu erstaunlich, was alles aus diesem Öl destilliert werden kann. Der Direktor des großen Zentrallaboratoriums in Dairen hat es aus einem Baum in Dairen, von einem Schilf zum nächsten, und ich kam aus dem Verwundern nicht

heraus. Dieses Zentrallaboratorium ist ein Werk der Südmandchurischen Eisenbahn, ein riesiges Versuchslaboratorium, das ausschließlich dazu dient, die mineralischen und pflanzlichen Produkte der Mandchurei zu analysieren und auf experimentellem Wege einmal die beste Verwertungsmöglichkeit, zum andern aber auch die für den Aufbau geeigneten Arten festzustellen.

Neben Lufthole, Kohle, Erz und Oelfeldern ist es die Bohne, die in den Laboratoriumsläusen den breitesten Raum einnimmt. Das Bohnenöl dient zunächst einmal zur Herstellung der für die japanische Küste unentbehrlichen Sojafolie, dann als Solvent. Natürlicherweise wichtiger ist jedoch die Verarbeitung der Bohne zu Fein- und Schmierölen, Glycerin, die zur Herstellung der verschiedenartigsten Dinge. In den Bohnenhöfen der Südmandchurischen Bohne findet man auf seinem Zimmer Seife vor. Die aus Bohnenöl hergestellt wurde, während man unten an der Vor gleichzeitig Bismut und Sulfidkugeln kochen kann, die dem gleichen Material ihre Entstehung verdanken.

Damit ist die Verwendungsmöglichkeit der Sojabohne jedoch noch keineswegs erschöpft. Man gewinnt aus ihr ebenfalls Stearin, Olein und Glycerin wie eine Art Rückfälle und Munition und Sprengstoffe.

Die Südmandchurische Eisenbahn, über deren Linie weit und breit der größte Teil der Sojabohnen verfrachtet wird, hat ein geniales System ausgedacht, um unnötigen Transport zu vermeiden. Im Winter bringen die Bauern ihre Bohnernte zur nächsten Bohnenstation, wo die angefahrenen Bohnen sortiert und je nach ihrer Qualität in drei Kategorien gelagert werden. Bohnen, die die Mindestforderungen an Qualität nicht erreichen, werden rückfälliger von der Verladung ausgeschlossen. Aus diesen Bohnen an der Bahn werden Bekleidungen und Verfrachtungen gefertigt, so daß jeder Reisende aus dem nächsten Lager befriedigt werden kann, unabhängig davon, wo der Produzent, von dem er kauft, seine Ware einfleckt. Der größte Teil der Bohnen geht jedoch nach Dairen mit seinen über hundert Bohnenmühlen. Neben kleinen primitiven handlichen Mühlen, die noch nach der Vorarbeitweise arbeiten, findet man hier große Anlagen mit hydraulischen Pressen und Werks, in denen das Öl auf chemische Weise extrahiert wird.

In den Mühlen werden die Bohnen erst gemahlen und verfeinert. Dann kommt die heiße Masse unter die hydraulischen Pressen. Eine schwache Hitze herrscht in dem Mägen. Die chemischen Auslaugen, die den Bohnenbrei in die Pressen füllen und die harten Kuchen wieder aus ihnen lösen, laufen Splitterförmig herum, und der Schwerk rinkt an den gelb-braunen Leibern herunter nicht anders als das Öl aus den gepressten Bohnen tropft.

Schon auf der ganzen Strecke nach Dairen waren beiderseits der Bahn an den Stationen die Bohnen aufgestellt. Sie standen teilweise in Türmen aus Matten, die wie tiefe Regenschütten

aussehen. In Dairen aber ist die Halle der dort gelagerten Bohnen noch ungleich imposanter. Man läuft dort am Kai durch endlose Stapel von Säcken voll Sojabohnen, Stapel auf Stapel in geradezu phantastischer Menge. Und daneben häufen sich in nicht geringerer Menge die runden Bohnenkugeln, der Rückstand der entölten Bohnen. Sie dienen als Viehfutter wie als Düngemittel und werden größtenteils nach Japan ausgeführt.

Bei diesen Verwertungsmöglichkeiten der Sojabohne ist es kein Wunder, daß auch andere Länder versuchen, sie einzuführen. Indien, Teylon und Amerika haben in den letzten Jahren Versuche gemacht, sie ihrem Boden anzupassen. Allein es muß wohl ein ganz besonders geeignetes Niveau im mandchurischen Klima und Boden liegen; denn bisher ist der Mandchurei noch in keinem dieser Länder ein ernsthafter Konkurrent entstanden.

Theater und Musik

70. Geburtstag. Der in weiten musikalischen Kreisen bekannte Komponist von Opern, Balladen, Liedern, Klavier- und Violinstücken, Dr. Eugen von Wolfers, kann am heutigen 20. August seinen 70. Geburtstag feiern. Dr. von Wolfers, Deutschgrube von Geburt und seit Jahren in Baden-Baden lebend, machte kein musikalischen Studien bei Professor Bernhard und Anton Rudinstein in Petersburg und bei Franz List und Edward Wolff in Weimar, wo er auch Fritz Roth näher wal, mit dem er intim befreundet war und der im Jahre 1904 auch seine Oper „Die Joubertkiste“ auf der Karlsruher Bühne zur Aufführung brachte. Weitere Opern von Wolfers, wie „Die Bildschleier“, „Marinburg“, „Die schwarze Rose“ gingen in Weimar, Wiesbaden, Dessau und Rostock in Szene und einige andere seiner Opern gelangten überhaupt noch nicht auf die Bühne. Die vielen Freunde und Bekannten des Komponisten werden sich freuen, zu vernehmen, daß er sich nach ihres keinem künstlerischen Schaffen widmet und in voller geistiger Frische die Schwelle zum achten Jahrzehnt überschreiten kann.

Kunst und Wissenschaft

Das Nationaldenkmal für die Gefallenen. In der „S. J. am Mittag“ haben sich mehrere bekannte Persönlichkeiten über den Plan eines gemeindeutschen Ehrenmals für die Gefallenen im Weltkrieg geäußert. Walter von Plauto sagt: Wir sind heute ein einiges Volk, das des Opfers der Gefallenen würdig wäre. Es sei nicht geziemend, daß Unwürdige eine Schuld durch ein äußeres Mal abzutragen suchen. Wenn aber in Deutschland mit der Tradition des ewig Leblichen gebrochen wird, dann können wir dieses Denkmal doch schon heute errichten. Dann soll es keine Ge-

erhaltenen Trachten ihrer Heimat, ferner aus dem Frankenland aus dem Saarland und aus der Pfalz nach unserer Landeshauptstadt...

Karlsruhe, 18. Aug. Gestern mittag wollte eine Reisende zwischen Karlsruhe und Kreuzstraße den 2. Anhang...

Nach dem Schwarzwalde, 18. Aug. Die Heidelbeere im Schwarzwalde neigt sich jetzt ihrem Ende zu. Das Ernte...

Schutterwald, 18. Aug. Die Ernte, die etwas vier Wochen in Anspruch nahm, ist jetzt glücklich unter Dach und Fach...

Meersburg, 18. Aug. Seit einigen Wochen ist das alte Schlosschen der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff...

Aus der Pfalz

Ludwigsbafen, 20. Aug. Ein Bauer aus Sondernheim wurde festgenommen, als einem hiesigen Fahrzeughändler ein...

Ludwigsbafen, 20. Aug. Als Täterin und Mutter des vor einigen Tagen ausgeführten sechs Monate alten Knaben wurde die...

Ludwigsbafen, 20. Aug. In Hamburg ist beim Baden in der Elbe der Kaufmann Hermann Schmidt mit dem hier ertrunken...

Frankenthal, 20. Aug. Am Montag früh machte der in der Pfalz...

Heidelberg, 20. Aug. Die Zitrone, die man sich in der Pfalz...

Wachenheim, 20. Aug. Das Alte fürzt. Ein 200 Jahre alter...

Orxheim, 20. Aug. Am Samstag getiel das vier Jahre alte...

Heidelberg, 20. Aug. Der Pfälzische Post zufolge soll...

Landau, 19. Aug. Am Montag Himmelfahrt, abends zwischen 7 und 8 Uhr...

Sobenheim a. Bg. und Weisenheim a. Bg. mit ihrem charakteristischen Wald...

Nachbargebiete

Oppenheim, 20. Aug. Mit den Trauben steht es gut aus, ebenso auch mit den Reben...

Darmstadt, 19. Aug. Ein Vorfall, der allen Eltern zur Warnung dienen möge...

Mainz, 20. Aug. Ein auswärtiger Fabrikant kam nachts im hiesigen Hauptbahnhof an...

Saarbrücken, 20. Aug. In Wehrden an der Saar erkrankte die Familie eines Hüttenarbeiters...

Stuttgart, 19. Aug. Aus Göttingen wird gemeldet, daß der Verleger der „Göttinger Zeitung“...

Gerichtszeitung

Landgericht Mannheim

Mannheim, 19. August. (Stanza der Herren-Strasskammer.) Vorst: Landgerichtsrat Dr. Köhler...

Der 27jährige Vater Peter Müller aus Dellingsheim, der 17jährige Vorarbeiter Karl Joseph Fried...

Gegen diese Verurteilung leisten die Angeklagten Verurteilung ein, die heute vor der Strafkammer...

Der 27jährige ledige Tagelöhner Johann Wolf aus Dollenheim ist wegen Urkundenfälschung...

Mit seiner gegen dieses Urteil eingeleiteten Verurteilung hatte Wolf...

Amtsgericht Mannheim

Mannheim, 19. August. (Stanza des Schöffengerichts, Abt. 2.) Vorst: Oberamtsrichter Schmidt...

Die 27jährige Magdalena Schudach geb. Feuerlein aus Jeddobheim, wohnhaft in Heidelberg...

Unter diesen Väterkinder befinden sich auch die heute angeklagten Frauen Magdalena Schudach und Käthe Stamm...

Die Angeklagten geben heute die Strafkammer im Großen und Ganzen an, nur Frau Stamm will...

Das Gericht fällt folgendes Urteil: Es werden verurteilt: Magdalena Schudach zu 7 Monaten Gefängnis...

Ein Himmelfahrtstag, und seine Folgen. Der Architekt Walter Schmidt aus Berlin machte mit einem Berliner...

Die Stoppuhr nicht beweiskräftig. Eine für Automobilisten wichtige Entscheidung fällt das Potsdamer Amtsgericht...

Neues aus aller Welt

Familien drama durch Wohnungseigen. Ein blutiges Drama spielte sich in der Albertstraße in Leipzig ab...

Chetragodie. Weil sie sich vor ihrem Manne nicht mehr anders zu retten wußte, hat die 40 Jahre alte Frau Marie Beltr...

Eine Motorradfahrerin totgefahren. Auf dem Kurfürstendamm in Berlin fuhr die 26 Jahre alte Frau Seppke...

Auch ein Sport. Aus Paris wird von der Ankunft eines keltischen „Sportmannes“, des holländers Pallenberg...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat August

Table with 2 columns: Station and Water Level. Includes stations like Rhein-Wehl, Schutterbach, etc.

Rheinwasserwärme

16 1/2 °C

An

der regelmäßigen Zustellung unseres Blattes haben unsere Postbezieher...

unsere

Zeitung für den nächsten Monat frühzeitig übergeben wird. Gegen Ende jeden Monats häufen sich die Arbeiten...

Postbezieher

den Bestellantrag bis Dienstag, den 26. August bewirken zu wollen.

Mannheimer General-Anzeiger

BENZ

Deutsche Dauerprüfungsfahrt 1924

Gestartet 43 Wagen — am Ziel 29 Wagen — Strafpunktfrei nur 5 Wagen, darunter die beiden BENZ-Wagen mit NALLINGER und WALB am Steuer

Einziger Teampreis für Zuverlässigkeit

Bergprüfungsfahrt „Hohe Wurzel“

Klasse Tourenwagen über 10 PS (unbeschränkte Klasse)

Walb auf BENZ — zweiter Sieger

Schweizerische Alpenfahrt 1924

Sechstägige Zuverlässigkeitsfahrt über 1400 km Gebirgsstraßen und mehrfacher Überquerung des Jura und der Alpen

1. Sieger - Nallinger :: 2. Sieger - Schürch

auf normalem 16/50 PS BENZ-Tourenwagen — Außerdem erhielt Herr Diplom-Ingenieur Fritz Nallinger den Spezialpreis für kleinstes Benzverbrauch-Verhältnis

Bergrennen auf den Königstuhl 1924

Schnellste Zeit des Tages: Willy Walb auf BENZ

BENZ & Cie. Rheinische Automobil- und Motorenfabrik Aktien-Ges. MANNHEIM

Neues Theater - Rosengarten Mannheim
Heute Mittwoch, 20. August 1924
Zum ersten Male:
Die beliebte Biedermeieroperette
„Die beiden Nachtigallen“
Anfang 8 Uhr.

Sonderzug Mannheim - Luzern
am 6. u. 7. Sept. 1924.
Der Verkehrsverein Mannheim veranstaltet auf Einladung der Stadt Luzern einen Sonderzug zum Besuch der Stadt Luzern, des Vierwaldstättersees und des Rigi. Fahrpreis III. Klasse D-Zug, Unterbringung in guten Hotels, sämtl. Mahlzeiten während der 2 Tage, Dampferfahrten, Fahrt auf den Rigi, Pädium
Mk. 55.—
Anmeldungen im Büro des Verkehrsvereins unter Angabe des Namens, Geburtsdatums, der Staatsangehörigkeit und Berufs des Teilnehmers 6664

Bäcker-Innung Mannheim.
Brotpreise
ab Donnerstag, den 21. Aug. 1924:
Schwarzbrot, 3 Bld. 52 Pfg.
Halbweißbrot, 3 Bld. 65
„ „ „ 1 1/2 Bld. 33
Bröckchen „ „ 45 gr 4
*6383 Der Vorstand.

E.7.4 Wirtschaft z. Rheintor E.7.4
Donnerstag, den 21. Aug.
Grosses Schlachtfest
wora höchst einladet
*6366 Friedrich Arnold.

„Englisch — Französisch“
schnell und sicher.
*6345 C 2, 2, 1 Treppe.

Clubmöbel in Stoff und Leder
Diwan, Chaiselongue
fertigen in solider Ausführung
sowie
Clubstühle
und Kissensessel
zum Liegen verstellbar
zeitgemäße Stoffausstattungen
stets Vorrat. 5111
H. Schwalbach Söhne, B 7, 4

Lastwagen
Gelegenheitskäufe, außerst preiswert, mit günstigsten Zahlungsbedingungen, garantiert einwandfrei und langlebig: 6070
2 N.A.G., 5 tons, neuwertig
2 Vomag, 3 tons, Schnellläufer
1 Adler, 3 tons, neuwertig
1 Stöwer, 3 tons, gut erhalten
1 Dixi, 2 tons, erstkl. Bergsteig.
1 Adler, 1,5 tons, Lieferw. Luftb.
1 Opel, 8/22PS, Personanw., 4Sitz.
Sämtliche Wagen sind einer Generalreparatur unterzogen.
Carling-Konzern I.-G.
Direktion Mannheim
Bahnhofstr. 15 Tel. 314

Schutz-Markte
Gesetzt geschützt
Melliand
Seifen-Flocken
es gibt nichts Besseres!
Paket mit
Gutschein
45
Pfennig

Unter dem Protektorat der Städte Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg
Einmaliges Orchester-Konzert der
Wiener Philharmoniker
unter Leitung von Generalmusikdirektor Professor
Bruno Walter.
Beethoven, Sinfonie Nr. 3^a, Eroica
Mozart, Sinfonie D dur, Wagner, Meistersinger-Vorspiel
Strauss, „Till Eulenspiegel“.
Freitag, 29. Aug., abends 8 Uhr, Nibelungensaal-Rosengarten, Mannheim
Karten zu Mk. 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2, 1 — zuzüglich Steuer,
bei Heckel, O 3, 10, Mannheimer Musikhaus, P 7, 14a, Blumenhaus Tattersall, Schweizingerstraße 16, Verkehrsverein Rathausbogen. 6074

Historische Festspiele
Breslach a. Rhein
am Sonntag, 24. Aug.
auf dem Bürgerplatz
Peter von Sagenbach
Vorbereitung: Freitag, 23. Aug.

Bestecke in echt Silber u. versilbert
Services
Leuchter
Körbe
Kristall mit Silber
zu konkurrenzlos billigen Preisen.
Ankauf von Gold, Silber und Platin. Em57
Tel. 2551 **M. Weill, Mannheim, N 3, 2** Tel. 2551

Vermischtes
Generalvertretungen
eventl. mit Kommissionslager
von hiesiger Lebensmittel-Großhandlung
aufgeführt.
Angebote unter X. J. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *6253

Eine billige
Wammelleisch-
Wodie
so lange Vorrat reicht
Ragout . . . Pfund 56 Pfg.
Braten und
Kotelett . . . Pfund 66 Pfg.
*6410 bei
Bernhard Hirsch
J 1, 16 Metzgerei J 1, 16
Telephon-Nummer 1711

Telephonruf 3640
Groß-Zirkus-Schau
Busch
Mittwoch nachmittag 3.30 Uhr
Letzte Familien-Vorstellung
Kinder halbe Eintrittspreise.
Mittwoch abend 8 Uhr
Große Sensations-Vorstellung
Entscheidungungskampf zwischen dem französischen Meisterringer im Mittelgewicht
Lasarlesse aus Paris
und dem deutschen Meisterschaftsringler im Mittelgewicht
Fritz van der Heyd
Sieger des letzten stattgehabten großen internationalen Meisterringer-Wettstreites in Stuttgart.
Fritz van der Heyd
errang sich durch seine geradezu frappierende Technik gegenüber 10 der stärksten Konkurrenten die Sieges-Pflichte
In Höhe von 5000 Goldmark
und den goldenen Gürtel von Stuttgart. Beide heute abend ausstretenden Ringkämpfer erweisen sich in ihren respektiven Ländern eines vorzüglichen Rufes und dürfte der Ausgang des heutigen Abends sich zu einer Sensation gestalten.
Außerdem das großartige Zirkus-Programm.
Vorverkauf im Zigarrenhaus Albert Hoffmann N 1, 1 und an der Zirkuskasse, Ebn.

Ferienaufenthalt
Schöne Fremdenzimmer, gut bürgerliche Küche. Sehr mäßige Preise.
A. Bedt, Gasthaus z. Rüssel
Eichtersheim (bei Sinsheim) an der Bahnhofsstr. 5140

Miet-Gesuche
Leeres Zimmer
in gutem Hause, Licht ist. Dampf, würde eventl. gern einige Vertrauenspflichten übernehmen, zeitweise auch vorzüglich Angebote erbeten unter Z. L. 52 an die Geschäftsstelle d. Bl. Bl. *6367

6-7 Zimmer
für Büroräume, in guter Lage der Oberstadt, eventl. gegen Tausch von 5 Zimmer per sofort zu mieten gesucht.
Angebote unter Y. L. 27 an die Geschäftsstelle d. Bl. 53012

Wohnungsgesuch.
Wer gibt oder vermittelt seit Jahren durch die Wohnungsnot von seiner Familie getrennt lebendem akademisch gebildeten Privatbeamten (Kriegsteilnehmer, gute ruhige Familie) Wohnung von
3 bis 6 Zimmer
Möglichstes Entgegenkommen wird zugesichert und alle Angebote vertraulich nur persönlich behandelt. Evt. Tauschwohnung in kl. schwäbischer Landstadt. Angebote unter L. K. 172 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 6060

Geboten:
Sechs-Zimmer-Wohnung.
Gesucht:
Zwei oder drei Zimmer und Küche
Für Vier-Zimmer-Wohnung
Dringlichkeitskarte vorhanden sein.
Adresse in der Geschäftsstelle.

2 Zimmer
möbliert oder unmöbliert, mit Küche oder Küchenzubehör, von gutem Material, helle, gepusht zu mieten gesucht. Angebote unter K. P. 152 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Büro- u. Betriebsräume
für Druckereibetrieb, mit Kraft, Gas, u. Wasseranschluss, ca. 200 qm groß, nicht weit vom Zentrum, halbjährl. per sofort oder später
gesucht.
Angebote an Geschäftsstelle 415 Mannheim erbeten.

Lagerplatz
in der Reckartstr., mit oder ohne Gleisanschluss zu mieten oder zu kaufen gesucht. Angebote unter Y. P. 56 an die Geschäftsstelle.
Jg. solch. Kaufmann sucht per 1. Sept. 24
möbliert. Zimmer
mit, Stadtmöbeln, wo Gelegenheit gegeben ist Fahrrad unterzustellen. Gefl. Angeb. m. Preisangabe unter K. Y. 161 an die Geschäftsstelle.
Verlässliche Meisterei
ein oder zwei Zimmer-Wohnung
m. Küche bei mögl. Benutzungsänderung zu vermieten. Angebote unter W. H. 74 an die Geschäftsstelle. 23568

Verlässliche Fräulein sucht leeres, evtl. ein- oder möbliertes
Zimmer
für sofort. Angebote unter Y. X. 39 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Wohlfeil, Beamter sucht für sich oder später
2 leere Zimmer
(evtl. 1 ganz großes) Beding.: Elektr. Licht, Gefl. Angeb. u. Y. V. 87 an die Geschäftsstelle.

Laden
in verkehrsreicher, Straße der Schweizingerstraße od. Annenstraße zu günstigen Bedingungen zu mieten gesucht. Angebote unter Y. T. 30 an die Geschäftsstelle d. Bl. 53016

300 Mk.
Küchenarbeit, u. Putzwerk, dazu eines Geschw. gef. Gute Geschw. Rührkaffee, u. Geschw. heranna. Restarbeiten wird auch. Z. N. 14 Kuchelstr. 2. Z. N. 14 an die Geschäftsstelle.
Wohlfühler Biedermeier- oder Biedermeiermöbel zu verkaufen. Angebote unter T. 09 an die Geschäftsstelle.